

Sollte das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate verlängert werden?

Ja!

„Es gilt, Sorgen um Arbeitsplätze zu verringern.“



Gabriele Lösekrug-Möller, Bundestagsabgeordnete der SPD, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ohne die Kurzarbeit, ein mustergültiges Arbeitsmarktinstrument vom ehemaligen Minister Olaf Scholz, hätte der deutsche Arbeitsmarkt laut DGB rund 300 000 Arbeitslose zusätzlich.

Diese Regelung hat darüber hinaus verhindert, dass die Ausbildung in vielen Betrieben eingestellt wurde, eine ansonsten in Krisenzeiten übliche Reaktion. Dies bestätigte erneut eine Sachverständigenanhörung, die am 19. April vom Arbeits- und Sozialausschuss des Deutschen Bundestages durchgeführt wurde.

Festgestellt wurde dort aber auch, die Krise ist noch nicht vorbei, sie wird aber gut politisch begleitet – also das Kurzarbeitergeld nochmal verlängern!

Ohne das hartnäckige insistieren von Sozialde-

mokraten und Gewerkschaften wäre dieses erfolgreiche arbeitsmarktpolitische Instrument im Abseits der schwarz-gelben Politik geblieben. Die Unternehmen brauchen aber Planungssicherheit. Den Menschen müssen wir die Sorge um ihre Arbeitsplätze nehmen.

Dass die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge über 2010 hinaus verlängert wird, ist einzig unserem Druck zu verdanken. Denn zu nächst hatte der damalige CDU-Minister Jung die Regelung verkürzt, die nun von der neuen Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen wieder verlängert wird.

Unsere Forderungen zur Kurzarbeit haben sich in der Praxis bewährt. Wir wollen eine Anhebung der maximalen Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate, die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge in diesem Zeitraum und die Fortführung der Weiterqualifizierung.

Statt Kurzarbeitsregelungen zurückzufahren, sollte die Politik überlegen, es als ein kluges betriebsinternes Flexibilisierungselement weiterzuentwickeln. Kombiniert mit Qualifizierung und Weiterbildung kann es Unternehmen und Belegschaften helfen.